

# Datenschutzreglement

## Einwohnergemeinde Kappelen

### Inhaltsverzeichnis

LISTEN: .....	2
A GRUNDSATZ.....	2
B VERFAHREN .....	2
C SPERRUNG.....	2
D AUS DER EINWOHNERKONTROLLE.....	2
E AUS ANDERN DATENSAMMLUNGEN.....	2
F ZUSTÄNDIGKEIT .....	2
EINZELAUSKÜNFTE .....	2
AUS DER EINWOHNERKONTROLLE.....	2
INFORMATION AUF ANFRAGE; ZUSTÄNDIGKEIT .....	3
AUFSICHTSSTELLE DATENSCHUTZ.....	3
GEBÜHREN.....	3
A) REGISTER DER DATENSAMMLUNGEN.....	3
B) EINSICHT IN .....	3
EIGENE AKTEN .....	3
C) BERICHTIGUNG UND WEITERE ANSPRÜCHE .....	3
INKRAFTTRETEN .....	3

---

Listen: a Grundsatz	<b>Art. 1</b>	<p><sup>1</sup>Die Gemeinde darf an private Personen systematisch geordnete Daten (Listen) bekanntgeben.</p> <p><sup>2</sup>Eine Bekanntgabe zu kommerziellen Zwecken ist untersagt.</p> <p><sup>3</sup>Die Gemeinde führt eine Liste der erteilten Listenauskünfte. Diese Liste enthält Angaben über</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a den Empfänger,</li><li>b die Auswahlkriterien,</li><li>c die Anzahl der in der Liste aufgeführten Personen.</li><li>d das Datum der Bekanntgabe</li></ul> <p>Diese Liste ist öffentlich.</p>
b Verfahren	<b>Art. 2</b>	Die erstmalige Bekanntgabe einer Listenauskunft erfolgt ausschliesslich durch Verfügung. Sie setzt ein schriftliches Gesuch voraus.
c Sperrung	<b>Art. 3</b>	Jedermann kann von der Gemeinde verlangen, dass sie seine Daten für Listenauskünfte an private Personen sperrt. Der Nachweis eines schützenswerten Interesses ist nicht erforderlich.
d aus der Einwohnerkontrolle	<b>Art. 4</b>	<p><sup>1</sup>Listen aus der Einwohnerkontrolle dürfen enthalten: Name, Vorname, Beruf, Geschlecht, Adresse, Zivilstand, Heimatort, Datum des Zu und Wegzuges, Jahrgang.</p> <p><sup>2</sup>In der Liste aufgeführte Personen werden vor der Bekanntgabe nicht angehört.</p>
e aus andern Datensammlungen	<b>Art. 5</b>	<p><sup>1</sup>Die Gemeinde darf Listen aus andern Datensammlungen bekanntgeben wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a sie keine besonders schützenswerten Personendaten enthalten;</li><li>b keine besonderen Geheimhaltungspflichten (insbesondere Stimmgeheimnis, Steuergeheimnis) entgegenstehen;</li><li>c keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen;</li><li>d keine überwiegenden privaten Interessen (insbesondere Schutz des persönlichen Geheimbereiches, des Geschäfts- oder Berufsgeheimnisses) entgegenstehen.</li></ul> <p><sup>2</sup>Die Gemeinde gibt allen in der Liste aufgeführten Personen vor der erstmaligen Bekanntgabe einer bestimmten Listenauskunft Gelegenheit sich zu äussern. Sie kann diese Anhörung durch eine Bekanntmachung im Amtsblatt und im Amtsanzeiger durchführen. Bei weiteren gleichartigen Gesuchen unterbleibt eine erneute Anhörung.</p>
f Zuständigkeit	<b>Art. 6</b>	Der Gemeindegeschreiber erlässt alle Verfügungen betreffend Listenauskünfte und führt die Liste der erteilten Listenauskünfte.
Einzelauskünfte aus der Einwohnerkontrolle	<b>Art. 7</b>	<p><sup>1</sup>Bei Einzelauskünften aus der Einwohnerkontrolle darf die Gemeinde neben den Angaben gemäss Artikel 4, Absatz 1 bekanntgeben</p> <ul style="list-style-type: none"><li>a neuer Wohnort nach Wegzug,</li><li>b zivilrechtliche Handlungsfähigkeit,</li><li>c Titel,</li><li>d Sprache.</li></ul> <p><sup>2</sup>Für Einzelauskünfte aus der Einwohnerkontrolle genügt eine formlose Anfrage.</p>

		<sup>3</sup> Einzelauskünfte aus der Einwohnerkontrolle erteilt das mit der Einwohnerkontrolle betraute Verwaltungspersonal.
Information auf Anfrage; Zuständigkeit	<b>Art. 8</b>	Für die Entgegennahme von formlosen Anfragen und Gesuchen um Akteneinsicht nach Informationsgesetz ist in allen Fällen der Gemeindegemeinschafter zuständig.
Aufsichtsstelle Datenschutz	<b>Art. 9</b>	<sup>1</sup> Das Rechnungsprüfungsorgan ist Aufsichtsstelle für Datenschutz gemäss Artikel 33 des Datenschutzgesetzes.  <sup>2</sup> Die Aufsichtsstelle erfüllt die ihr in Artikel 34 Datenschutzgesetz zugewiesenen Aufgaben. Sie ist ausserdem dafür besorgt, dass Behördemitglieder und nebenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde periodisch über die Bedeutung des Amtsgeheimnisses informiert und auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, die das Bearbeiten von Personendaten der Gemeinde in privaten Räumen und mit privaten Personalcomputern mit sich bringt.  <sup>3</sup> Sie erstattet einmal jährlich der Gemeindeversammlung Bericht.  <sup>4</sup> Sie verfügt über eine jährliche Ausgabenkompetenz von Fr. 200.--
Gebühren a) Register der Datensammlungen	<b>Art. 10</b>	Die Einsichtnahme in das Register der Datensammlungen ist gebührenfrei.
b) Einsicht in eigene Akten	<b>Art. 11</b>	Auskünfte und Dateneinsicht gemäss Artikel 21 Datenschutzgesetz sind gebührenfrei.
c) Berichtigung und weitere Ansprüche	<b>Art. 12</b>	<sup>1</sup> Gutheissende Verfügungen gemäss Artikel 23 und 24 Datenschutzgesetz sind grundsätzlich gebührenfrei.  <sup>2</sup> Hat die ersuchende Person zur widerrechtlichen Bearbeitung Anlass gegeben, so wird eine Bearbeitungsgebühr gemäss Gebührenreglement der Einwohnergemeinde Kappelen erhoben.  <sup>3</sup> Für abweisende Verfügungen wird eine Bearbeitungsgebühr gemäss Gebührenreglement erhoben.
Inkrafttreten	<b>Art. 13</b>	<sup>1</sup> Dieses Reglement tritt per 01.01.2011 in Kraft.  <sup>2</sup> Es hebt alle ihm widersprechenden Vorschriften, insbesondere das Datenschutzreglement vom 12.12.1992, auf.

Der Gemeinderat hat dieses Reglement gestützt auf Artikel 29 Absatz 1 des Organisationsreglementes unter Vorbehalt des fakultativen Referendums beschlossen am 20.04.2010.

Datum des Inkrafttretens: 01.01.2011

Namens des Gemeinderates

Der Präsident:

Der Gemeindeschreiber:

Kappelen, 20.04.2010

.....

.....

**Bescheinigung Inkrafttreten**

Der unterzeichnende Gemeindeschreiber bescheinigt, dass der obige Reglementsbeschluss im Amtsanzeiger vom 07.05.2010 publiziert wurde und während 30 Tagen vom 07.05. bis 07.06.2010 unter Hinweis auf das öffentliche Referendum und die Beschwerdemöglichkeit öffentlich aufgelegt ist. Während dieser Frist ist weder ein Referendum noch eine Beschwerde eingegangen.

Die Reglementsänderung tritt somit per 01.01.2011 in Kraft; das Inkrafttreten wurde im Amtsanzeiger vom 11.06.2010 unter Hinweis der Beschwerdemöglichkeit publiziert. Gegen das Inkrafttreten ist keine Beschwerde eingereicht worden.

Der Gemeindeschreiber:

Kappelen, 11.06.2010

.....